

Weniger Berufsschul-Standorte: Im dritten Anlauf soll es endlich klappen

von Jörg Meier — az Aargauer Zeitung

Zuletzt aktualisiert am 13.10.2017 um 10:16 Uhr

Zweimal ist der Regierungsrat bisher mit dem Vorschlag für ein zeitgemässes Raum- und Standortkonzept für Berufs- und Mittelschulen grandios gescheitert. Beim dritten Versuch soll nun der Durchbruch gelingen.

Der Sachverhalt ist unbestritten: Bei den Berufsschulen lässt sich viel Geld sparen, wenn man sie auf weniger Standorte als heute reduziert. Es ist ebenso unbestritten, dass eine solche Konzentration auf Kompetenzzentren auch pädagogisch viele Vorteile bringt. Es ist zudem ein offenes Geheimnis, dass nicht alle Berufsschulen räumlich ausgelastet sind.

Dennoch war es bisher nicht möglich, eine solche, von allen Beteiligten grundsätzlich als richtig erkannte Konzentration durchzuführen. Regionale Interessen wurden vom Grossen Rat stärker gewichtet als pädagogische und finanzpolitische Argumente. So scheiterte 2015 ein erster Vorschlag mit drei Varianten bereits in der Vernehmlassung; eine überarbeitete, moderatere Fassung, die vorsah, dass jede Region mindestens eine Berufsschule behalten kann, wurde im Wahljahr 2016 vom Grossen Rat für unbrauchbar erklärt; mit 127 gegen 5 Stimmen entschied das Parlament, es wolle gar nicht erst auf diese miese Vorlage eintreten.

Nach dieser heftigen Zurückweisung erklärte der Regierungsrat, er wolle bis auf weiteres von der Konzentration des schulischen Teils der Berufsausbildung und der verstärkten Bildung von Kompetenzzentren absehen. Und es schien, als sei das ein Freipass für die Berufsschulen, an allen Standorten so weiterzumachen wie bisher.

Einsparungen von 6 Millionen

Inzwischen aber will der Regierungsrat die Reform der Berufsschulen doch wieder angehen. Allerdings hält er das Tempo für unrealistisch, das die Fraktionen von FDP, CVP und GLP in

Berufsschulen: Schulschliessungen sind unvermeidlich

Die Reform der Aargauer Berufsfachschullandschaft wird zu einschneidenden Veränderungen führen. Was unverfänglich «Schaffung von Kompetenzzentren» heisst, bedeutet im Klartext, dass verschiedene regionale Berufsschulen im Rahmen der Reform geschlossen werden. Welche Schulen konkret betroffen sind, wird ab 2018 unter Einbezug der Beteiligten ermittelt. (jm)

einer Motion zu diesem Thema verlangen: Sie fordern, dass der Grosse Rat bereits im Jahre 2018 über eine neue Vorlage entscheiden kann. Zusammen mit den kaufmännischen und gewerblich-industriellen Berufsfachschulen, den Standortgemeinden sowie den Berufsverbänden sollen Kompetenzzentren für die verschiedenen Berufsfachschulen und Berufe geschaffen werden, damit der Bildungsfranken effizient und effektiv eingesetzt werden könne, fordern die Motionäre. Positiver Nebeneffekt sei dabei, dass der Schulraum an den verbleibenden Standorten besser ausgelastet sei. Eine Reduktion von Schulstandorten sei auch für die Lernenden zumutbar, zumal sie die Schule nicht jeden Tag besuchen müssen.

Mit diesen Forderungen rennen die Motionäre offene Türen ein. Die Regierung ist bereits mit dem Aufbau der Projektorganisation beschäftigt. Ab 2018 sollen die Lösungen unter Einbezug aller Betroffenen erarbeitet werden, zudem ist auch eine Anhörung möglich. Einzig im Zeitplan besteht eine Differenz zwischen Regierung und Motionären: Nicht schon 2018, sondern erst ab Schuljahr 2020/21 hält die Regierung die Umsetzung für realistisch.

Bei einer vollständigen Umsetzung des Vorhabens rechnet der Regierungsrat mit Einsparungen von 6 Millionen Franken pro Jahr. Davon entfallen rund 4 Millionen auf den Kanton und rund 2 Millionen auf die Gemeinden.

Mitentscheidend dafür, ob die längst fällige Reform der Berufsschulen im dritten Anlauf endlich gelingen kann, wird der Zeitpunkt der Behandlung der Vorlage im Grossen Rat sein: Fällt sie wieder in ein Wahljahr, wird sie es im Kanton der Regionen wohl erneut schwer haben.